

DEUTSCHE LEBENS - RETTUNGS - GESELLSCHAFT
Landesverband Niedersachsen
Bezirk Braunschweig
Ortsgruppe Hankensbüttel - Wittingen e.V.

<p>S A T Z U N G <u>Inhaltsverzeichnis</u></p>

Absatz	§	Inhalt	Seite
I.		Name, Gebiet, Sitz, Zweck	
	1	Name, Gebiet, Sitz	2
	2	Zweck	2 - 3
	3	Geschäftsjahr	3
II.		<u>Mitgliedschaft</u>	
	4	Mitgliedschaft	3 – 4
	5	Außenvertretung und Pflichten gegenüber dem Bezirk	5
	6	Jugend	5
III.		<u>Organe</u>	
	7	Mitgliederversammlung	6 – 7
	8	Vorstand	7 - 8
IV.		<u>IV. Sonstige Bestimmungen</u>	
	9	Prüfungen	8
	10	DLRG-Markenschutz und Material	8
	11	Ehrungen	9
	12	Geschäftsordnung	9
	13	Wirtschaftsordnung	9
V.		<u>V. Schlussbestimmungen</u>	
	14	Satzung, Änderung und Wirksamkeit	9
	15	Auflösung	10
	16	Eintragung	10

DEUTSCHE LEBENS - RETTUNGS - GESELLSCHAFT
Landesverband Niedersachsen
Bezirk Braunschweig
Ortsgruppe Hankensbüttel - Wittingen e.V.

I. Name, Gebiet, Sitz, Zweck

§ 1

Name, Gebiet, Sitz

1. Die Ortsgruppe Hankensbüttel-Wittingen e.V. ist eine Gliederung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Landesverband Niedersachsen Bezirk Braunschweig.
2. Sie führt den Namen

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
Ortsgruppe Hankensbüttel - Wittingen e.V.

abgekürzt DLRG OG Hankensbüttel - Wittingen e.V.

3. Der Vereinssitz ist Hankensbüttel. Er ist im Vereinsregister unter der Nummer 100 550 beim Registergericht Hildesheim eingetragen.

§ 2

Zweck

1. Die DLRG Ortsgruppe Hankensbüttel-Wittingen verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Sie ist eine selbständige Organisation und arbeitet grundsätzlich ehrenamtlich mit freiwilligen Helfern. Sie ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Sie ist politisch, ethnisch und konfessionell neutral. Ihre Aufgabe ist auf der Grundlage sportlichen Handelns im Sinne der humanitären Tradition, die Schaffung und Förderung aller Einrichtungen und Maßnahmen, die der Bekämpfung des Ertrinkungstodes dienen. Zweck des Vereins ist damit die Förderung der Rettung aus Lebensgefahr.
3. Mittel der DLRG dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der DLRG. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

4. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:
 - 4.1 Frühzeitige und fortgesetzte Information über Gefahren in und am Wasser sowie über sicherheitsbewusstes Verhalten,
 - 4.2 Ausbildung im Schwimmen und in der Selbstrettung,
 - 4.3 Ausbildung im Rettungsschwimmen,
 - 4.4 Weiterqualifizierung von Rettungsschwimmern für Ausbildung und Einsatz,
 - 4.5 Organisation und Durchführung eines flächendeckenden Wasserrettungsdienstes im Rahmen und als Teil der allgemeinen Gefahrenabwehr des Landes, der Landkreise und Gemeinden.
5. Eine weitere bedeutende Aufgabe der DLRG ist die Jugendarbeit und die Nachwuchsförderung.
6. Zu den Aufgaben gehören auch die
 - 6.1 Aus- und Fortbildung in Erster Hilfe und im Sanitätswesen,
 - 6.2 Unterstützung und Gestaltung freizeitbezogener Maßnahmen am, im und auf dem Wasser,
 - 6.3 Durchführung rettungssportlicher Übungen und Wettkämpfe,
 - 6.4 Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter insbesondere auch in den Bereichen Führung, Organisation und Verwaltung.
7. Das offizielle Veröffentlichungsorgan der DLRG ist auch das der Ortsgruppe. Darüber hinaus kann sie ein eigenes Vereinsorgan für ihre Mitglieder herausgeben. Dieses kann auch ein elektronisches Medium sein.

§ 3

Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

II. Mitgliedschaft

§ 4

Mitgliedschaft

1. Ordentliche Mitglieder der DLRG Ortsgruppe Hankensbüttel-Wittingen e.V. können nur natürliche Personen werden. Juristische Personen, Gesellschaften, Vereinigungen und Behörden können als fördernde Mitglieder aufgenommen werden. Mit der Mitgliedschaft in der örtlichen Gliederung erwirbt das Mitglied zugleich die Mitgliedschaft in den übergeordneten Gliederungen. Jedes Mitglied erkennt mit seiner Beitrittserklärung die Satzung und die Ordnung der DLRG, des Landesverbandes Niedersachsen, des Bezirkes Braunschweig und der Ortsgruppe an und übernimmt alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten.
2. Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Beitrittserklärung des Mitglieds begründet.
3. Das Mitglied übt seine Rechte in seiner Ortsgruppe unmittelbar aus und wird gegenüber den überörtlichen Gliederungen durch die gewählten Delegierten vertreten.

4. Die Ausübung der Mitgliedsrechte ist davon abhängig, dass die Beitragszahlung für das laufende oder das vorangegangene Geschäftsjahr nachgewiesen ist.
5. Das Stimmrecht kann erst nach Vollendung des 16. Lebensjahres ausgeübt werden. Das passive Wahlrecht gilt mit Eintritt der Volljährigkeit. Das aktive und passive Wahlrecht für die Jugend der Ortsgruppe Hankensbüttel-Wittingen e.V. regelt die Jugendordnung.
6. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Streichung oder Ausschluss.
 - 6.1 Die schriftliche Austrittserklärung muss einen Monat vor Ablauf des Geschäftsjahres der Ortsgruppe zugegangen sein. Der Austritt wird zum Ende des Geschäftsjahres wirksam.
 - 6.2 Die Streichung als Mitglied kann bei einem Rückstand von mehr als einem Jahresbeitrag erfolgen. Auf Antrag kann die Mitgliedschaft nach Zahlung der rückständigen Beiträge fortgeführt werden.
 - 6.3 Wegen schuldhaften Verstoßes gegen die Bestimmungen dieser Satzung bzw. wegen unehrenhaftem oder DLRG-Schädigendem Verhalten können wahlweise folgende Ordnungsmaßnahmen einzeln oder gleichzeitig verhängt werden:
 - 3.1 Verweis
 - 3.2 Aberkennung des passiven Wahlrechts für höchstens 6 Jahre
 - 3.3 Aberkennung ausgesprochener Ehrungen
 - 3.4 zeitlich begrenztes oder unbegrenztes Verbot des Zutritts zu bestimmten oder allen Einrichtungen oder Veranstaltungen, ausgenommen Zusammenkünfte der Organe
 - 3.5 AusschlussDiese Maßnahmen können nur von dem Schieds- und Ehrengericht des Bezirkes Braunschweig e.V. verhängt werden. Die Kosten des Verfahrens kann das Schieds- und Ehrengericht ganz oder teilweise den Beteiligten auferlegen.
Bei Beendigung der Mitgliedschaft erlischt die Beitragspflicht mit Ablauf des Geschäftsjahres.
7. Die Mitglieder haben einen Jahresbeitrag zu leisten, der die entsprechenden Anteile für die übergeordneten Gliederungen enthält und bis zum 31.03. jeden Jahres zu zahlen ist. Bei Eintritt während des laufenden Geschäftsjahres ist der Jahresbeitrag sofort in voller Höhe mit dem Eintrittsdatum fällig. Die Höhe des Jahresbeitrages (Geschäftsjahr) wird von der Mitgliederversammlung festgelegt.
8. Erlischt die Mitgliedschaft oder scheidet ein Mitglied aus einer Funktion aus, ist das in seinem Besitz befindliche DLRG-Eigentum zurückzugeben.
9. Durch eigenmächtige Handlungen ihrer Mitglieder werden die DLRG, der Landesverband Niedersachsen, der Bezirk Braunschweig oder die Ortsgruppe nicht verpflichtet.

§ 5

Außenvertretung und Pflichten gegenüber dem Bezirk

1. Vorstand der Ortsgruppe im Sinne des § 26 BGB sind der/die 1. Vorsitzende, der/die 2. Vorsitzende und der/die Schatzmeister/in. Jeder ist allein vertretungsberechtigt. Vereinsintern wird vereinbart, dass der 2. Vorsitzende oder der Schatzmeister nur im nicht nachzuweisenden Verhinderungsfall des 1. Vorsitzenden vertretungsberechtigt sind.
Der Bezirk ist berechtigt die Ortsgruppe regelmäßig zu beraten und zu überprüfen. Er kann dazu in Unterlagen Einsicht nehmen, sich Abschriften und Kopien fertigen und falls gegen gesetzliche Vorschriften, diese Satzung, Beschlüsse der Gremien und/oder Richtlinien und Ordnungen der DLRG verstoßen wird, Hilfestellung geben und/oder Weisungen zu deren Einhaltung erteilen. Werden solche Hinweise nicht beachtet, können die angewiesenen Maßnahmen vom Bezirk auf Kosten der Ortsgruppe veranlasst und durchgeführt werden.
2. Die Ortsgruppe hat dem übergeordneten Bezirksvorstand spätestens 4 Wochen vor der Veranstaltung Einladungen zu Mitgliederversammlungen und spätestens zwei Monate nach der Veranstaltung Niederschriften darüber vorzulegen.
3. Die Ortsgruppe hat dem Bezirk innerhalb der vom Bezirksvorstand festgelegten Fristen zuzuleiten:
 - 3.1 Technischer Bericht
 - 3.2 Beitragsabrechnung
 - 3.3 Jahresabschluss nebst angeordneten Anlagen
 - 3.4 Sämtliche fälligen Zahlungen
 - 3.5 Bericht über Erledigung von Auflagen aus Beschlüssen übergeordneter Gliederungen
 - 3.6 aktueller Freistellungsbescheid des Finanzamtes

Kommt die Ortsgruppe diesen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht fristgerecht nach, ist die Ausübung des Stimmrechts im Bezirksrat und Bezirkstag für die Dauer eines Jahres vom Fälligkeitstermin ab versagt. Ruht das Stimmrecht aus Gründen zu 3.4, 3.5 u. 3.6, wird für die Sitzungen, die nach der nächsten Fälligkeit stattfinden, durch Einhalten des neuen Termins das Stimmrecht wieder erlangt.

4. Die von der Ortsgruppe an die übergeordneten Gliederungen abzuführenden Beitragsanteile legen die Beschlussgremien der jeweiligen Gliederungen fest.

§ 6

Jugend

1. Die Jugend der Ortsgruppe Hankensbüttel-Wittingen e.V. ist die Gemeinschaft der Jugendlichen in der Ortsgruppe.
2. Inhalt und Form der Jugendarbeit vollziehen sich nach einer Bezirks-Jugendordnung, die vom Bezirks-Jugend-Tag beschlossen wird und der Zustimmung des Bezirksrates bedarf. Die Jugendversammlung der Ortsgruppe kann eine eigene Jugendordnung beschließen, diese soll der Bezirksjugendordnung entsprechen, sie bedarf der Zustimmung des Ortsgruppenvorstandes.

III. Organe

§ 7

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ der Ortsgruppe.
2. An einer Mitgliederversammlung kann jedes Mitglied der Ortsgruppe teilnehmen. Stimmberechtigt sind nur Mitglieder, die die in § 4 Abs. 4 und Abs. 5 Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllen. Abstimmen kann nur, wer persönlich anwesend ist. Die Übertragung einer Stimme ist unzulässig.
3. Eine ordentliche Mitgliederversammlung ist spätestens im 1.Quartal jeden Jahres abzuhalten. Wahlen finden nur in dem Jahr statt, in dem ein ordentlicher Bezirkstag stattfindet. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn der Vorstand oder mindestens ein Drittel der Mitglieder es verlangt.
4. Zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung muss mindestens 4 Wochen vorher, zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mindestens 2 Wochen vorher unter Bekanntgabe der Tagesordnung schriftlich eingeladen werden. Die schriftliche Einladungsform ist auch gewahrt, wenn die Einladung per E-Mail in Textform erfolgt.
5. Anträge müssen schriftlich bis spätestens 2 Wochen vorher eingereicht werden; sie sind in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe zur Einsicht auszulegen und den Mitgliedern zu Beginn der Versammlung als Tischvorlage zuzuleiten. Anträge auf Satzungsänderungen müssen spätestens 3 Wochen vor der Mitgliederversammlung eingereicht werden. Sie sind mindestens 3 Wochen vor der Versammlung in der Ortsgruppengeschäftsstelle zur Einsicht auszulegen. Sie sind zu Beginn der Versammlung als Tischvorlage den Mitgliedern zuzuleiten.
Antragsberechtigt sind die nach Abs. 2 Stimmberechtigten.
Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Stimmberechtigten beschlussfähig.
6. Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden, soweit diese Satzung nichts anderes vorschreibt, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden bei der Ermittlung der Mehrheit nicht mitgezählt. Die Abstimmungen sind offen, soweit nicht auf Antrag die verdeckte Abstimmung mit einfacher Mehrheit beschlossen wird.
7. Die Mitgliederversammlung behandelt grundsätzliche Fragen und Angelegenheiten der Ortsgruppe. Sie nimmt die Berichte des Vorstandes und der Kassenprüfer entgegen und ist zuständig für:
 - 7.1 Wahl der Mitglieder des Ortsgruppen-Vorstandes mit Ausnahme des Vorsitzenden der Jugend und seines Stellvertreters
 - 7.2 Wahl von je 1 Kassenprüfer(in) und 1 Ersatzkassenprüfer(in), überlappend, deren Amtszeit 4 Jahre beträgt. Wiederwahl ist frühestens nach 2 Jahren Pause möglich.
 - 7.3 Wahl der Delegierten für den Bezirkstag
 - 7.4 Entlastung des Vorstandes
 - 7.5 Genehmigung des Haushaltsplanes

7.6 Festlegung der Höhe des Mitgliedsbeitrages

7.7 Anträge

7.8 Satzungsänderungen

8. Wahlen können als Blockwahl durchgeführt werden, wenn niemand widerspricht. Die Amtszeit richtet sich nach § 7 Abs. 3 dieser Satzung. In den Jahren, in denen keine gem. § 7 Abs. 3 dieser Satzung vorgeschriebene Wahl stattfindet, kann die Mitgliederversammlung Vorstandsmitglieder wählen, wenn das Vorstandsamt vakant ist. Diese Wahlen gelten bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung in der ein ordentlicher Bezirkstag stattfindet.
9. Der Vorstand (1.Vorsitzende) beruft die Versammlung ein und leitet sie. Ist der Ortsgruppenvorstand nicht handlungsfähig, kann die Versammlung ersatzweise auch vom Bezirksvorstand einberufen werden. Über die Versammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterschreiben ist. Es wird in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe zur Einsicht ausgelegt. Eine Abschrift des Protokolls ist dem Bezirksvorstand spätestens 2 Monate nach dem Ende der Tagung vorzulegen. Es ist, wenn mindestens ein Versammlungsteilnehmer es wünscht, bei der nächsten Mitgliederversammlung zu verlesen und ihr in jedem Fall zur Genehmigung vorzulegen. Einsprüche gegen das Protokoll sind spätestens dann geltend zu machen. Über einen Einspruch entscheidet die Mitgliederversammlung.

§ 8

Vorstand

1. Der Vorstand leitet die Ortsgruppe im Rahmen der Satzung, ihm obliegt insbesondere die Ausführung der von der Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse, er ist für die Geschäftsführung verantwortlich.
2. **Den Vorstand bilden:**
 - a) 1. Vorsitzender
 - b) 2. Vorsitzender
 - c) Schatzmeister
 - d) bis zu zwei Technische Leiter
 - e) Leiter der Verbandskommunikation
 - f) Vorsitzender der Ortsgruppen Jugend

Zu den Ämtern 2.c bis e) können je ein Stellvertreter gewählt werden. Jedes Mitglied des Vorstandes kann bis zu zwei Ämter in Personalunion übernehmen. Jedes Mitglied des Vorstandes hat eine Stimme. Das gilt auch dann, wenn es zwei Ämter in Personalunion übernommen hat. Die Stellvertreter haben nur im Vertretungsfall Stimmrecht.

Der 1. Vorsitzende führt den Vorsitz im Vorstand.

3. Die Mitglieder des Vorstandes und die Stellvertreter zu § 8 Abs. 2c) bis e) mit Ausnahme des Vorsitzenden der Jugend werden von der Mitgliederversammlung für den Zeitraum von drei Jahren gewählt. Ihre Amtszeit endet mit der Neuwahl. Die Wahl erfolgt verdeckt. Wenn kein stimmberechtigtes Mitglied der Versammlung widerspricht, kann offen gewählt werden, Wiederwahl ist zulässig. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Enthaltungen und ungültige Stimmen werden bei der Ermittlung der Mehrheit nicht mitgezählt. Wird bei mehreren Kandidaten eine solche Mehrheit nicht erreicht, findet

zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten erreichten Stimmenzahl eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen erzielt; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

4. Der Vorsitzende der Jugend und sein Stellvertreter werden nach der Jugendordnung gewählt. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe ist Mitglied des Jugendvorstandes.
5. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann einen Geschäftsführer bestellen, der nicht Mitglied des Vorstandes ist.
6. Zu Sitzungen des Vorstandes ist mindestens zwei Wochen vorher einzuladen. Für die Beschlussfassung im Vorstand findet § 7 Abs. 6, über das Protokoll Abs. 9 entsprechende Anwendung; eine Kenntnissgabe an den Bezirk entfällt jedoch.

IV. Sonstige Bestimmungen

§ 9

Prüfungen

Im Rahmen ihrer Ausbildungs- und Lehrtätigkeit nimmt die Ortsgruppe Prüfungen ab. Art, Inhalt und Durchführung der Prüfungen werden durch die Prüfungsordnung der DLRG und deren Ausführungsbestimmungen geregelt; sie sind für Prüfer und Prüfungsteilnehmer bindend.

Die Prüfungsordnung wird vom Präsidialrat der DLRG erlassen, die Durchführungsbestimmungen beschließt das Präsidium der DLRG.

§ 10

DLRG-Markenschutz und Material

1. Die Buchstabenfolge der DLRG sowie die Verbandszeichen sind im Markenschutzregister des Deutschen Patentamtes München markenrechtlich geschützt.
2. Die Verwendung der Buchstabenfolge und der Verbandszeichen wird durch eine Gestaltungsordnung (Standards) geregelt; sie wird vom Präsidialrat der DLRG erlassen.
3. Das zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigte Material (DLRG-Material) wird von der DLRG vertrieben.
4. Für die Beschaffung, Verwaltung und Vertrieb des Materials ist der Schatzmeister verantwortlich.
5. Die Ortsgruppe ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass das zur Aufgabenerfüllung verwendete Material, das nicht von der Materialstelle der DLRG bezogen wird, der Gestaltungsordnung entspricht und zur Erfüllung der in § 2 dieser Satzung aufgeführten Aufgaben geeignet ist.

§ 11

Ehrungen

Personen, die sich durch hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Wasserrettung oder hervorragende Mitarbeit verdient gemacht haben, sowie langjährige Mitglieder, können geehrt werden. Einzelheiten regelt eine Ehrungsordnung; sie wird vom Präsidialrat der DLRG erlassen.

§ 12

Geschäftsordnung

Zur Durchführung von Versammlungen, Sitzungen und Tagungen gilt die Geschäftsordnung der DLRG. Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe kann eine eigene Geschäftsordnung beschließen, die zu der des Bezirkes und der DLRG nicht im Widerspruch stehen darf.

§ 13

Wirtschaftsordnung

Finanz- und Materialwirtschaft sowie Rechnungslegung werden durch die Wirtschaftsordnung geregelt. Sie wird vom Präsidialrat erlassen.

V. Schlussbestimmungen

§ 14

Satzung, Änderung und Wirksamkeit

1. Diese Satzung bedarf für das Wirksamwerden der Prüfung und Genehmigung durch den Landesverband Niedersachsen. Dieser hat die Übereinstimmung in den Kernaussagen, Satzungszweck und Mitgliedschaft zu prüfen, da diese Paragraphen nicht im Widerspruch zur Bundes-, Landesverbands- und Bezirkssatzung stehen dürfen.
2. Satzungsänderungen können nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Zu einem Beschluss auf Satzungsänderung ist eine Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich. Sie bedürfen der Zustimmung des Landesverbandes Niedersachsen, der nach den Kriterien des Absatzes 1 zu prüfen hat.
3. Die beantragte Satzungsänderung muss im Wortlaut und mit schriftlicher Begründung als Tischvorlage zur Mitgliederversammlung (§ 7 Abs. 5) bekannt gegeben werden. Sie ist außerdem mindestens 3 Wochen vor der Versammlung in der Geschäftsstelle zur Einsicht auszulegen.
4. Der Ortsgruppenvorstand wird ermächtigt, Satzungsänderungen, die vom Landesverband Niedersachsen, vom Registergericht oder vom Finanzamt aus Rechtsgründen für erforderlich gehalten werden, selbst zu beschließen und anzumelden.

§ 15

Auflösung

1. Die Auflösung der Ortsgruppen kann nur in einer zu diesem Zweck, mindestens 6 Wochen vorher, einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden Stimmberechtigten beschlossen werden.
2. Bei Auflösung der Ortsgruppe oder Wegfall ihres bisherigen Zwecks fällt das Ortsgruppenvermögen an den DLRG Bezirk Braunschweig e.V., falls dieser nicht mehr besteht, an die DLRG Landesverband Niedersachsen e.V. falls dieser nicht mehr besteht, an die Deutsche Lebens – Rettungs – Gesellschaft e.V. , die es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 16

Eintragung

Diese Satzung wurde von der Mitgliederversammlung am 26.03.2010 beschlossen und am 15.09.2017 durch Beschluss des Vorstands überarbeitet. Sie wurde vom Landesverband Niedersachsen am 17.10.2017 genehmigt. Eingetragen in das Vereinsregister Nr.100 550 beim Registergericht Hildesheim am

Unterschrift Vorsitzende